

Klimaexperte: „Wichtige Schritte“ und Schlupflöcher beim Klimagipfel

Schwerte (epd). Eine durchwachsene Bilanz des Weltklimagipfels in Dubai hat der Klimaexperte Klaus Breyer gezogen. „Unter den Entscheidungen von Dubai finden sich neben Schlupflöchern wichtige Schritte“, erklärte der Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der westfälischen Kirche am Mittwoch in Schwerte. Immerhin sei im Zentrum des Ölexportes ein Bekenntnis zur Abkehr von den fossilen Energieträgern abgegeben worden. Um das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen, sei dies jedoch nicht ausreichend.

Von größter Bedeutung sei, dass sich die Staaten auf einen Entschädigungsfonds bei Klimaschäden und -verlusten verständigen konnten, unterstrich Breyer. Das werde besonders armen Ländern helfen. Zudem sei ein „Klimaclub“ ins Leben gerufen worden, in dem viele ambitionierte Industrieländer die notwendige Transformation durch koordiniertes Handeln besser voranbringen wollten.

2023 könnte WissenschaftlerInnen des Copernicus Climate Change Service der EU zufolge das wärmste Jahr seit 125.000 Jahren werden, erklärte Breyer. Das Klima ändere sich schneller als erwartet. Das Wetter werde immer extremer und die Schäden größer. In diesem Jahr werde der Ausstoß von Treibhausgasen einen neuen Höchststand erreichen. Währenddessen sei die Klimakonferenz nur knapp am Abbruch und klimapolitischen Scheitern vorbeigeschrammt.

Statt eines von vielen Staaten und Nichtregierungsorganisationen erhofften klar definierten „Ausstiegs“ aus den fossilen Energieträgern sei immerhin noch ein Bekenntnis zur „Abkehr“ von Kohle, Öl und Gas zustande gekommen, erklärte der evangelische Theologe. Bis 2050 sollen weltweit Netto-Nullmissionen erreicht werden.

Auch NRW wolle bis 2045 eine klimaneutrale Industrieregion zu werden, erläuterte Breyer. Die Transformation zu gestalten, das Klima und den sozialen Zusammenhalt in schwierigen Zeiten zu schützen, könne nur gemeinsam gelingen. Der Umbauprozess könne erfolgreich sein, wenn Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft die Gesprächskanäle offenhielten und in geeigneten Formaten Interessenkonflikte und Blockaden aus dem Weg räumten.

Die fast 200 Teilnehmerstaaten des Gipfels hatten sich am Mittwochvormittag auf eine Abkehr von Öl, Gas und Kohle geeinigt. In dem verabschiedeten Beschluss werden die Länder zu einem Übergang weg von fossilen Brennstoffen in Energiesystemen aufgerufen. Ein von vielen Ländern geforderter Ausstieg wird nicht gefordert. Die Staaten einigten sich auch darauf, die Kapazitäten erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2030 zu verdreifachen.

Gesellschaft

Der Beschluss in der Wüstenmetropole Dubai fiel mit etwa 24 Stunden Verspätung. Eigentlich war das Ende der von den Vereinigten Arabischen Emiraten ausgerichteten Konferenz für Dienstagvormittag angesetzt. Im kommenden Jahr wird die UN-Klimakonferenz von Aserbaidschan ausgerichtet, einem Ölexporteur wie das diesjährige Gastgeberland.

Gesellschaft

Experten und Verbände fordern Klimageld

Düsseldorf (epd). Nach der Verständigung der Bundesregierung auf einen Haushalt 2024 werden Forderungen nach Auszahlung eines Klimagelds an die Bevölkerung laut. Die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Verena Bentele, verlangte im Gespräch mit der Düsseldorfer „Rheinischen Post“ (Donnerstag) eine rasche Einführung der Ausgleichszahlung. „Nur die Erhöhung des CO₂-Preises ist fatal und wäre ohne Klimageld unsozial“, sagte Bentele und fügte hinzu, das Klimageld sei „ein Muss, damit Menschen, die jetzt schon wenig haben, nicht noch weniger haben werden“.

Auch die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm sprach sich trotz der angespannten Haushaltslage für das Klimageld aus. Das Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft verwies im Gespräch mit „Welt TV“ (Mittwoch) auf die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Auszahlung des Ausgleichs für die geplante höhere Bepreisung des Klimagases Kohlendioxid. Das Klimageld soll Bürgerinnen und Bürger entlasten, die einen fortlaufend höheren CO₂-Preis auf Erdöl, Gas und Kohle zahlen müssen. „Das Klimageld muss auf jeden Fall mit Blick auf die Zukunft wieder in den Mittelpunkt der Diskussion geraten“, sagte die Volkswirtschaftlerin von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Grimm warnte, nur mit höherem CO₂-Preis entstünden schwer abzufedernde Härten. Sie plädierte deshalb dafür, den Menschen die Einnahmen aus den CO₂-Preisen zurückzugeben. Gerade Bezieher niedriger Einkommen hätten in der Regel einen niedrigen CO₂-Fußabdruck, würden aber mit einem Klimageld pro Kopf genauso viel zurückbekommen wie alle anderen.

Ähnlich wie Bentele und Grimm äußerte sich am Mittwochabend im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) der stellvertretende Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Oliver Holtemöller. Einige Komponenten der zuvor erzielten Einigung seien „sehr zu begrüßen“, sagte der Wirtschaftswissenschaftler - das Klimageld gehöre allerdings nach ersten Erkenntnissen nicht zu den Vereinbarungen und das sei „sicherlich“ ein Mangel.